

Landespolitik und Denkmalschutz

Ministerpräsident Lothar Späth und Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog
zu aktuellen Fragen der Denkmalpolitik und des Denkmalschutzes

Die „Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland“ veranstaltete vom 1. bis 6. Juni 1981 in Freiburg/Breisgau ihre Jahrestagung 1981. Zur Eröffnung dieser Tagung sprach der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth. Der Innenminister, Professor Dr. Roman Herzog, sprach im Rahmen eines Abendempfanges der Landesregierung Baden-Württemberg.

Rede des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich darf Sie namens der Landesregierung von Baden-Württemberg hier in Freiburg sehr herzlich willkommen heißen. Herr Oberbürgermeister, Sie wissen, daß ich besonders gerne in Freiburg bin. Freiburg ist uns lieb und teuer und Sie, die Denkmalpfleger, haben sich einen Ort ausgewählt, der guten Anschauungsunterricht zu Ihrem Thema zu geben vermag.

Als ich Ihre Einladung angenommen habe, war ich mir bewußt, daß mein oberster Denkmalpfleger von mir erwartet, daß ich weiterführe auf dem Weg, den ich Ihnen vor drei Jahren in Saarbrücken als Innenminister des Landes aufgezeigt habe. Damals war es mein Wunsch, die Denkmalpflege ins Innenministerium zu holen, obwohl es viele Skeptiker gab. Der Wunsch ist mir erfüllt worden. Damals habe ich dargelegt, daß in der Gewichtung der Denkmalpflege die Baudenkmalpflege immer mehr in den Vordergrund träte und Städtebau und Denkmalpflege zusammengeführt werden müßten. In partnerschaftlichen und oft präventiven Aktionen sehe ich die Aufgabe der Denkmalpflege. Sie war bis dato zu sehr mit dem Nacheilen beschäftigt und konnte oftmals nur noch durch den Stop des Baggers ihrer Aufgabe im letzten Moment gerecht werden. Aus der Dynamik des Baugeschehens und den Auffassungen der Denkmalpfleger hat sich nach meiner Auffassung eine gegenseitige Abneigung entwickelt, die immer wieder zu der Forderung führte, die Denkmalpflege zu kommunalisieren, um den harten Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Nach drei Jahren glaube ich, daß diese Sätze noch gelten. Fast klang mir etwas zuviel Resignation in den Worten meines verehrten Vorredners, Herrn Dr. Beseler. Die gegenwärtige Situation der Denkmalpflege beurteile ich optimistischer.

Ich will nicht Bilanz ziehen, meine aber, wir haben in diesen drei Jahren einige positive Ansätze gefunden. Wir haben beispielsweise das Personal der Denkmalpflege trotz starker Haushaltsrestriktionen kräftig erhöht. Dies ist zwar noch eine bescheidene Entwicklung, aber in Anbetracht der Tatsache, daß wir ansonsten Stellenstops verfügen mußten, ein guter Ansatz. Wir haben immerhin inzwischen einen Etat von rund 30 Millionen pro Jahr, ein fünfjähriges Sonderprogramm mit 120 Millionen Volumen, im Städte-

bauprogramm des Landes sind weitere 50 Millionen für denkmalpflegerische Maßnahmen ausgewiesen. Wer die Denkmalpflege zu einem aktiven Städtebauelement machen will, der muß natürlich auch dafür sorgen, daß nicht nur Auflagen erteilt werden, sondern auch Geld zur Verfügung gestellt wird. Sonst ist es dem Bauherrn unmöglich, diese Auflagen zu erfüllen.

Sicher, die Preise und die Entwicklung sind schneller vorangeschritten als unsere finanziellen Möglichkeiten. Aber das ist kein denkmalspezifisches Problem. Trotzdem bin ich mit der Entwicklung der Denkmalpflege sehr zufrieden. Die Atmosphäre ist gut. Ich meine, wir sollten die Auseinandersetzung nicht mit vordergründigen Argumenten führen. Wir sollten den Hintergrund ausleuchten. Für hintergründige Fragen ist Freiburg der richtige Ort.

Freiburg zeichnet sich durch zwei Dinge aus: einmal durch seine hervorragenden Baudenkmale und zum anderen durch das kritische Engagement der jungen Generation. Kaum nirgendwo müssen wir soviel Sicherheit vorhalten wie gegenwärtig in der Stadt Freiburg; dort hat sich der Protest der jungen Generation gegen manche vermeintlichen oder wirklichen Mißstände besonders stark entwickelt. Diese junge Generation hat offensichtlich beschlossen, unsere Lebensweise nicht mehr so fortsetzen zu wollen. Dies kann man ihr nicht übelnehmen. Jede Generation muß ihren Weg finden. Das Einklagen von hergebrachten Lebensformen, deren Verwirklichung und Ziele können durchaus strittig sein. Ich meine, daß die Tatsache, daß man alternative Lebensauffassungen hat, nicht zu unterschiedlicher Behandlung der einzelnen Gruppen führen darf. Die Formen des Protestes will ich jetzt einmal außer Betracht lassen. Wer allerdings Häuser besetzt, bringt damit nicht nur seinen Protest gegen Wohnungsnot zum Ausdruck, sondern der begeht einen Rechtsbruch, und den können wir nicht hinnehmen im Rechtsstaat. Man muß aber zur Kenntnis nehmen, daß diese junge Generation das Gefühl hat, daß wir mit unseren Idealen der Nachkriegszeit, Idealen wie Gemeinschaft, echte Solidarität, vielleicht auch die Frage einer nationalen Zukunft, nur schwer zurechtkommen und daß wir uns eigentlich nur auf das Materielle konzentriert haben. Dort allerdings waren wir ausgesprochen erfolgreich – und sind jetzt traurig, daß die jungen

Leute diesen Staat, den wir gemeinsam aufgebaut haben, langweilig finden. Ich habe dafür ein gewisses Verständnis. Wer überhaupt keinen Handlungsspielraum in einer Gesellschaft hat, der muß sich langweilen; und wer sich langweilt und gleichzeitig Dynamik entfaltet, der wird sich aufbäumen. Was also können wir denn tun, um dieser jungen Generation neue Betätigungsfelder, neue Gestaltungsmöglichkeiten anzubieten? Ein Ansatzpunkt ist, daß diese Generation sehr viel konservativer denkt und fragt, als sie dies vor 10 Jahren getan hat. Vor 10 Jahren hat die junge Generation ihre kollektiven Parolen verkündet, lautstark und eben im Schutz jenes Kollektivs. Heute sind die Fragen sehr viel konservativer geworden. Es geht um das Individuelle, um den Sinn des Lebens, die Daseinsgestaltung über den Tag hinaus. Und dennoch begegnet uns diese junge Generation in einer tiefen eigenen Ratlosigkeit! Sie wissen eigentlich auch nicht so richtig, was sie wollen, nur so wollen sie es nicht! Vielleicht ist es die mangelnde Verbindung zur jungen Generation, deren Abreißen wir zu verantworten haben, die wir den Aufbau der Nachkriegszeit vorangetrieben haben. Jedenfalls werden heute wieder neue und alte Bindungen gesucht, und dabei erhält beispielsweise der Heimatbegriff oder auch der Bezug zum Historischen einen völlig neuen Sinn.

Wir haben noch nie so volle Museen gehabt, wir haben lange nicht so großartige Veranstaltungen erlebt wie vor einigen Jahren die Stauferausstellung; und wir stellen fest, daß es vor allem die jungen Leute sind, die sich für Ausstellungen und Museen, auch für die Denkmalpflege, interessieren. Deshalb erwarten wir auch für die Barockausstellung gerade den Zulauf der jungen Generation.

Es hat keinen Sinn, wenn wir unsere Schlösser und Kirchen renovieren und dort außer gelegentlichen Führungen nichts geschieht. Ohne Nutzung geht die Verbindung mit solchen Einrichtungen verloren. Versucht man aber neue Nutzungsmöglichkeit, zum Beispiel im musischen Bereich mit Musiktagen, so stellt man fest, daß da eine große Begeisterung ist, die sich auch auf die Bauwerke überträgt. So verstehe ich die vom Land finanzierte Aktion der Musiktage in Oberschwaben. Nur gelegentliche Führungen werden diesen Kleinodien der Baukunst nicht gerecht.

Es ist bemerkenswert, daß unsere Städte jetzt miteinander wetteifern in der Absicht, ihre alten Gebäude nicht nur denkmalpflegerisch zu restaurieren, sondern sie vor allem wieder zu nutzen; und ich bin nicht der Meinung, daß ein neuer Kulturpalast die Herrichtung der alten Keltern in den kleineren Städten unseres Landes ersetzt. Da lassen sich wichtige Ansätze finden, die auch weiterführen. Denn ich bin sicher, daß sich die junge Generation diesem musischen Bereich zuwenden möchte. Vor 6 Jahren haben wir die ersten Jugendmusikschulen gegründet. Heute gibt es ein Netz von Jugendmusikschulen; 140000 junge Menschen nehmen freiwillig am Musikunterricht teil. Ihre Eltern zahlen etwa 40 bis 50 Millionen Schulgeld pro Jahr und wir kommen nicht nach mit der Ausbildung von Musikpädagogen und Musikerziehern an unseren Musikhochschulen.

Wir prüfen jetzt die Möglichkeit der Einrichtung von Jugend-Kunstschulen, weil wir annehmen, daß ein solches zusätzliches Angebot auf Resonanz stoßen kann. Ich glaube, daß diese junge Generation von uns wissen will, wie wir die überlieferten Werte in die Zukunft einbringen, und sich mit all den damit zusammenhängenden Fragen intensiv beschäftigen will. Wer Individuelles sucht, der wird nach der Herkunft des Überlieferten, nach den persönlichen Bezügen fragen, und der wird sein Interesse am Ange-

stammen, am Althergebrachten entdecken. Die Tatsache, daß manche Leute sich inzwischen ihren Sonnenbrand nicht mehr so weit südlich holen wie bisher, mag mit wirtschaftlichen Dingen zusammenhängen. Aber wenn der Urlaub im eigenen Land wiederentdeckt wird, wenn Urlaubsorte mit historischem Bezug mehr gefragt sind als der Strand, so ist das doch ein Anzeichen dafür, daß die Leute sich wieder auf das Überkommene besinnen. Selbst wenn wirtschaftliche Gesichtspunkte zunächst den Anstoß für den Urlaub im Lande gegeben haben mögen; ich würde darin eine gewisse Chance sehen. Allerdings müssen sich alle Beteiligten darüber klar sein, daß Denkmalpflege und Stadtentwicklung Generationsaufgaben sind und daß wir endlich davon abkommen müssen, im Schnellzugtempo die Sanierung unserer Innenstädte und die Wiederherstellung unserer dörflichen Strukturen abwickeln zu wollen.

Ich muß sagen, ich habe da auch zugehört. Zunächst war ich der Meinung, dies sei Aufgabe unseres Jahrhunderts; inzwischen bin ich mir darüber klar geworden, daß diese Aufgabe weit über dieses Jahrhundert hinausreicht und sie mit Gelassenheit angegangen werden muß. Es gibt eine Menge von Abgrenzungsproblemen, auch da würde ich zur Gelassenheit raten: Gelegentlich den Denkmalpflegern, die einfach nichts loslassen, nichts aufgeben wollen; das ist sicher ein Problem, das Spannungen mit den Kommunen erzeugen kann. Gelegentlich aber auch der anderen Seite, die dann und wann betroffen eifert, der Denkmalschutz verhindere irgendeine ganz wichtige Sache. Wenn ich mir die Bauformen der letzten 30 Jahre ansehe und sie vergleiche mit dem Urteil der Architekten wenige Jahre danach und wenn ich sehe, wie schnell sich unsere Architekten von ihrem „Hochhaustum“ verabschiedet haben und jetzt dabei sind, die Schuldigen für diese Episode zu suchen, dann kann ich nur feststellen, daß sich der Zeitgeist schnell wandelt und wir rasch auf unsere alten Probleme der Wohnungsnot zurückkommen. Vor 10 Jahren ging manchen Politikern der Schutz der natürlichen Landschaft über alles. Heute schreien manche geradezu hysterisch nach neuem Bauland – in unmittelbarer Nähe der Städte versteht sich. Alles bewegt sich temperamentvoll nach der jeweiligen politischen Lage. Wer aber Güter zu pflegen hat, die über Jahrhunderte entstanden sind, und wer die Dimension der kulturellen Bauten unserer Landschaften und Länder betrachtet, der muß zu der Erkenntnis gelangen, daß hier Positionen nur durch große Unabhängigkeit gewahrt werden können. – Noch gestern vormittag habe ich mir auf einem Platz in South Carolina erklären lassen, wie wichtig die Pflege eines Gebäudes sei, das gerade 200 Jahre alt ist.

Unsere Politiker, die ein ungleich älteres denkmalpflegerisches Erbe zu bewahren haben, werden gut beraten sein, wenn sie die Unabhängigkeit der Denkmalpfleger respektieren, auch wenn dieses gelegentlich unangenehm ist. Und wenn dann andererseits die Denkmalpfleger selbst ein wenig mehr bereit sind, klare Positionen zu beziehen, Abgrenzungen wahrzunehmen, um damit die vielerorts vorhandenen Unsicherheiten zu beseitigen, dann meine ich, die Probleme können auch volkswirtschaftlich sinnvoll gelöst werden.

Ich glaube, der moderne Staat muß wieder zu einem gewissen Mäzenatentum zurückfinden. Daran gilt es zu denken, wenn die finanziellen Engpässe der nächsten Jahre zum Kampf um die Fördertöpfe und -töpfchen herausfordern. Dieses Ringen führt immer dazu, daß man versucht, den musisch-kulturellen Bereich zurückzudrängen zugunsten der aktuellen sozialen oder auch nur scheinbaren sozia-

len Bedürfnisse. Man wird die Bildungschancen, die Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund rücken. Man wird die Kunst gegen die Behindertenarbeit abwägen. Das muß unbefriedigend ausgehen, wenn man so handelt. Wir investieren in die Kunst, in musische Bereiche und in die Denkmalpflege relativ bescheidene Beträge. Die Konzentration auf einige wesentliche Dinge, das ist im Grunde die Notwendigkeit. Sie muß heute schaffen, was früher aus vielfältigen Gründen und manchmal aus durchaus sachfremden Erwägungen entstanden ist. Es ist ganz sicher: das, was überdauert hat, das sind im Grunde Dinge, die eben nicht mit dem Rechenstift geplant wurden.

Ich bin ein großer Anhänger der Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Wenn wir alle Fehlinvestitionen in öffentlichen Bauten der letzten 10 Jahre vermieden hätten, dann hätten wir wahrscheinlich genügend Geld für die denkmalpflegerischen Aufgaben. Der Staat muß sich dadurch auszeichnen, daß er konsequent spart, daß er aber dort, wo er selbst zum Mäzen werden muß, eben dann auch die Möglichkeit hat, gewisse Mittel konzentriert einzu-

setzen. Kulturgüter entziehen sich nun mal einer ausschließlich krämerhaften Bewertung nach Mark und Pfennig.

Die Denkmalpflege kann ein Anknüpfungspunkt für den Dialog zwischen den Generationen werden. Vater und Sohn können sich möglicherweise leichter über das verständigen, was wir uns aus der Vergangenheit für die Zukunft erhalten wollen, als über die harten aktuellen Fakten, um die zur Zeit die politische Auseinandersetzung geführt wird. Vielleicht kann die Pflege der Geschichte und der Kultur dazu beitragen, daß in der Gegenwart wieder ein Dialog über die Zukunft in Gang kommt; dann erhielte die Denkmalpflege durchaus progressive Bezüge.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung einen erfolgreichen Verlauf. Wir Politiker warten auf Lösungsangebote. Wir wissen wohl, daß Sie es in dieser Frage nicht viel leichter als wir selbst haben.

Herzlichen Dank und nochmals willkommen in Baden-Württemberg.